

27.04.01**Empfehlungen
der Ausschüsse****Fz - A**zu **Punkt** der 763. Sitzung des Bundesrates am 11. Mai 2001

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Mineralölsteuergesetzes**Der federführende Finanzausschuss und
der Agrarausschuss**

empfehlen dem Bundesrat, zu dem Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes wie folgt Stellung zu nehmen:

- Fz
A
1. In seiner Stellungnahme vom 29. September 2000 (Drs. 468/00 [Beschluss]) hat der Bundesrat zum Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Vergütung der Mineralölsteuer für die Land- und Forstwirtschaft (Agrardieselgesetz) festgestellt, dass die drastisch gestiegenen Energiepreise in Unternehmen der Landwirtschaft, der Forstwirtschaft, des Weinbaus, des Gartenbaus und der Fischerei zu z.T. existenzgefährdenden Einkommenseinbußen führen können. Verstärkt würden die Einkommenseinbußen durch die auf EU-Ebene unterschiedlichen Steuersätze für Dieselkraftstoff, die zu erheblichen Wettbewerbsnachteilen für die deutsche Landwirtschaft führten. Der Bundesrat forderte die Bundesregierung daher auf, nachdrücklich auf eine EU-weite Harmonisierung der Besteuerung von Dieselkraftstoffen hinzuwirken. Andernfalls werde die Bundesregierung gebeten zu prüfen, ob der im Agrardieselgesetz vorgesehene Steuersatz so verringert werden könne, dass Wettbewerbsnachteile für die deutsche Landwirtschaft gegenüber anderen EU-Mitgliedstaaten vermieden werden.

Ausgeliefert am**30. APR. 2001**

...

- Fz 2. Der Bundesrat erwartet, dass sich die Bundesregierung mit Nachdruck darum bemüht, hinsichtlich der Gasölbezugskosten innerhalb der EU gleiche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen.
(Bei Annahme entfällt Ziff. 3.)
- A 3. Mit der Zustimmung zum Gesetz zur Änderung des Mineralölsteuergesetzes verbindet der Bundesrat deshalb die Erwartung, dass sich die Bundesregierung mit Nachdruck darum bemüht, hinsichtlich der Gasölbezugskosten innerhalb der EU gleiche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen.
(entfällt bei Annahme von Ziff. 2)
- A 4. Der Bundesrat erwartet ferner, dass mit dem Auslaufen der mineralölsteuerlichen Begünstigung für den Gewächshausanbau zum 31. Dezember 2002 der Steuersatz für Agrardiesel auf wenigstens 47 Pf/Liter abgesenkt wird, um zumindest das im Gesetz zur Änderung des Mineralölsteuergesetzes vorgesehene Entlastungsvolumen von 200 Mio. DM/Jahr zu erhalten. Der Bundesrat ersucht die Bundesregierung, hierfür rechtzeitig einen Gesetzesentwurf vorzulegen. Diese weitere Absenkung kann aber nur ein erster Schritt zur Verbesserung der Wettbewerbssituation der deutschen Landwirtschaft sein.
(Bei Annahme entfällt Ziff. 5.)
- Fz 5. Der Bundesrat bittet zu prüfen, ob das aus wettbewerbsrechtlichen Gründen vorgesehene Entlastungsvolumen von 200 Mio. DM/Jahr über den 31. Dezember 2002 hinaus weiter erforderlich ist.
(entfällt bei Annahme von Ziff. 4)